

■ Das musste mal gesagt werden! Wirklich?

Über eine »ehrliche« Rede des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück

Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen steht unter keinem guten Stern. Erst vor einem guten halben Jahr, als die drastischen Einsparungen im Doppelhaushalt 2004/2005 bekannt geworden waren, hatte es harsche Kritik gegeben an einer Kürzungspolitik, die den Rotstift vor allem bei den Freien Trägern und den Kommunen ansetzte und die Einrichtungen des Landes nahezu unberührt lies (siehe dazu die Beiträge in KuMi Nr. 103). Vermisst wurden klare Ziele für die Landeskulturpolitik und ein fundiertes Förderungskonzept.

War der Ruf der Landeskulturpolitik damit schon angeschlagen genug, kam es nur wenige Monate knüppeldick. Der Ministerpräsident persönlich nutzte die Gelegenheit einer Festrede zum dreißigjährigen Bestehen der *Kultursekretariats NRW* in Wuppertal am 27. März, um der Kulturszene so richtig die Leviten zu lesen. Dabei wählte der oberste Landesherr eine Ansprache, die

offenbar nur ein Ziel hatte: bloß keine Hoffnung aufkommen zu lassen. Die Zuhörer und Leser seiner Botschaft hätten sicherlich Verständnis dafür gehabt, dass er dem Kulturbereich »keine Sonderstellung« einräumen möchte, vor »Besitzstandswahrung« und der »Illusion« warnte, »der Staat müsse und könne alles bezahlen, was wenigen förderungswürdig vorkommt.« Auch seinen Argwohn, das Lamento der Kulturinstitutionen sei nicht nur der unbestreitbaren Finanznot geschuldet, sondern auch der »Lust am eigenen Leiden«, hätten manche mit einem gequälten Lächeln noch durchgehen lassen. Aber dass der Ministerpräsident jenes Bundeslandes, das nicht müde wird, auf eine der dichtesten Kulturlandschaften der Welt werbewirksam hinzuweisen und das auf die »Kulturhoheit der Länder« größten Wert legt, sich zu der Aussage hinreißen lässt: »Kunst und Kultur sind in erster Linie keine Subventionstatbestände. Kultureller Reichtum setzt keineswegs materielle För-

derung voraus ...« musste selbst die gutge-launten und gutmeinenden Jubiläumsgäste verstören.

Abgesehen von der Frage, aus welcher Not heraus Peer Steinbrück die Gelegenheit des Jubiläums jener Einrichtung wählte, die unbestritten zu den verdienstvollen kulturellen Agenturen im Lande zählen dürfte, um die kulturellen und kulturpolitischen Akteure so vor den Kopf zu stoßen, und abgesehen auch davon, aus welchem Grund die missverständliche Konnotation des Begriffs Subversion mit dem Zusammenhang von kulturellem Reichtum und materieller Förderung gebraucht wurde, lassen der Tenor und der Inhalt der Rede wenig Gutes erwarten. Entsprechend scharf waren die politischen Reaktionen, auch wenn sie – öffentlich – hauptsächlich von Vertretern der Opposition vorgetragen wurden. So spricht der Düsseldorfer Kulturdezernent Hans-Heinrich Große-Brockhoff (CDU) in einem Offenen Brief (s. dazu die Zeitschrift

NRW – Kulturelles Powerhouse

Wenn es nach den Vorstellungen des NRW-Zukunftsrates geht, dann ist das bevölkerungsreichste Bundesland im Jahr 2015 »ein kulturelles Kraftzentrum von deutschem und europäischem Rang.« Als multikulturelle, sozial vielschichtige und wirtschaftlich starke Region bringe das Land die besten Voraussetzungen dafür mit, befinden die 27 Expertinnen in ihrem Bericht, den sie am 18. März 2004 der Landesregierung übergeben haben. Auf gut zwei Seiten ist die Conclusio ihrer Beratungen zum Thema »Kultur in ihrer ganzen Vielfalt« zusammengefasst, die in sieben Zielformulierungen mündet. Auch wenn viel Neues darin nicht zu lesen ist, so ist die Botschaft doch bemerkenswert. Angefangen von der Idee des kulturpolitischen Netzwerkes, in dem »alle Kulturträger und Kulturproduzenten (Bürgergesellschaft, Kultursektor, Staat und Wirtschaft)« in einer Allianz zusammenwirken, bis hin zu den bekannten Stichworten Koordination, Vernetzung, Entbürokratisierung, bürgerschaftliches Engagement etc. bedient sich das Papier der

sattsam bekannten Rhetorik einer um Modernisierung und Deregulierung bemühten Kulturpolitik.

Ohne wirklich konkret werden zu können, werden mehr kreative Eigeninitiative und innovative Produktions- und Finanzierungsmodelle gefordert sowie eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen und die Vereinfachung komplizierter Regelwerke und zeitaufwendiger Antragsverfahren angemahnt. Umsetzungsnah sind hingegen einige Vorschläge am Schluss des Papiers, so etwa die Erstellung einer »unabhängigen und umfassenden NRW-Kulturstudie« oder die Einrichtung einer internetgestützten Serviceplattform, die bei der Vernetzung und Vermittlung von Kulturpartnern behilflich sein soll. Ferner werden der Aufbau eines Bildungsweges Kulturmanagement vorgeschlagen und die Idee eines »NRW-Kulturforums« als landesweite Fest- und Konferenzveranstaltung präsentiert, um die neue Kulturpolitik populär zu machen. Wirklich originell ist das alles nicht, zumal das eine oder andere schon seit vielen

Jahren gefordert wird (z.B. eine Bestandsaufnahme der kulturellen Angebote/Einrichtungen) oder in Ansätzen schon besteht (z.B. der Kulturserver NRW oder das Dschungelbuch als Internetangebot). Dies sollte jedoch kein Grund sein, den Anregungen die Anerkennung zu verweigern. Der Impuls ist richtig und wird hoffentlich gemeinsam mit anderen kulturpolitischen Initiativen im Lande seine Wirkung entfalten. (ns)

Der Zukunftsrat des Landes Nordrhein-Westfalen wurde auf Beschluss der Landesregierung im Sommer 2001 ins Leben gerufen, um »Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Entwicklung« des Landes zu erarbeiten und Impulse für die inhaltliche und konzeptionelle Orientierung des Agenda 21-Prozesses zu geben. Der Bericht kann beim zuständigen Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) bezogen werden (www.agenda21nrw.de).

K. West, Mai 2005, S. 19f.) von einer »Bankrotterklärung des obersten Landesherrn« und rechnet ihm vor, dass die Landesregierung nur 0,2 Prozent des Gesamthaushaltes für Kultur ausgibt und damit im Bundesländervergleich ganz unten steht. Er fragt, woher »diese intellektuelle Unlust« komme und weiter: »Gibt es denn in der Landesregierung oder sonst in der Sozialdemokratie NRWs keine Köpfe mehr, die die geistige Kraft haben, eine unseren Zeiten gerecht werdende, vorwärtsweisende und Aufbruchstimmung verbreitende Kulturpolitik zu formulieren statt eines solchen Abwehrkampfes ... Wo ist denn in 30 Jahren der kulturpolitische Impetus geblieben, mit dem 1974 vor allem Sozialdemokraten in Land und Kommunen angetreten sind, um ein »Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in NRW« ... zu gründen und mit Leben zu erfüllen?«

Das ist gut gefragt und sollte denen zu denken geben, die in der Sozialdemokratie NRWs noch Inhalte formulieren. Sie waren schon mal besser aufgestellt. Die Problematik jedoch, die die Rede von Peer Steinbrück offenlegt und die sicherlich von ihm auch »ehrlich« gemeint war, weist über NRW hinaus. Die Schonfrist für die Kultur nähert sich dem Ende, und die Kulturpolitik bedarf guter Argumente, um sich zu schützen. Es reicht nicht mehr aus, auf die Programme von gestern zu verweisen und geeignete ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu fordern. Wichtiger noch als dies sind überzeugende Antworten auf die Frage, warum die Förderung von Kunst und Kultur dem Staat und damit den Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürgern so viel wie heute (und vielleicht noch mehr) wert sein muss. Ob die Parteien – gleich welcher Couleur – diese allein liefern können, darf bezweifelt werden.

Nachtrag

Am Montag, dem 7. Juni fand der Jahresempfang »Kunst und Kultur« der NRW SPD in Krefeld statt. Vorgeschaltet war eine Diskussion über die »Perspektiven einer erneuerten Landeskulturpolitik« auf der Grundlage eines Papiers von Karsten Rudolph, MdL, der als Stellvertretender Landesvorsitzender einer der Sprecher (neben Cornelia Tausch, MdL) der Kulturinitiative der SPD ist. Schon die Besetzung des Rednerpults versprach ein starkes Signal. Sowohl der Ministerpräsident Peer Steinbrück als auch der Landesvorsitzende der Partei und Minister für Wirtschaft und Arbeit Harald Schwauroth konnten dafür gewonnen werden und beide machten eine gute Figur.

Der Ministerpräsident bemühte sich sichtlich – und mit explizitem Bezug auf Wuppertal – um Schadensbegrenzung. Reizbe-



Am 10. Mai 2004 war die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dr. Christina Weiss, auf Einladung des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) zu Gast im Bonner Haus der Kultur. Die Staatsministerin nahm dabei nicht nur Stellung zu den zahlreichen Fragen des BBK, sondern äußerte sich auch zur Zukunft der Bundeskulturfonds, von denen drei ihren Sitz im Haus der Kultur haben. Sie bestätigte dabei, dass die Etats der Fonds verdoppelt würden, sobald sie von der Kulturstiftung des Bundes übernommen werden könnten, und zeigte sich optimistisch in der Frage, dass die Kulturstiftung der Länder sich dazu auf der Stiftungsratssitzung am 25. Juni positiv verhalten würde. Allerdings wollte sie den Dingen auch nicht vorgreifen. V.l.n.r.: Reinhard Meyer, Verwaltungsdirektor der VG Bild-Kunst, Hans Wilhelm Sotrop, Bundesvorsitzender und Sprecher des Bundesvorstandes des BBK, Dr. Ursula Cramer, Bundesgeschäftsführerin des BBK, Prof. Monika Brandmeier, Vorstandsmitglied der Stiftung Kunstfonds, Dr. Christina Weiss, Dr. Norbert Sievers, Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft, Dieter Horky, Mitglied des Bundesvorstandes des BBK, Werner Schaub, Bundesvorsitzender des BBK, Gerhard Pfennig, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Bild-Kunst und Dr. Peter Ortmann vom Deutschen Musikrat (Foto: J.H.)

griffe wie »Besitzstandswahrung« und »Kultur des Jammerns« fehlten fast völlig. Stattdessen kam die klare Botschaft, dass Kunst und Kultur »ohne Zweifel« eine Kernaufgabe des Staates seien und demnach kein Subventionstatbestand. Das musste einmal gesagt werden und zwar ohne wenn und aber. Insofern war die Klarstellung in Krefeld ein wichtiges kulturpolitisches Signal.

In der Sache allerdings blieb Steinbrück ebenso klar wie in Wuppertal. Von Krisenrede in der Kultur wollte er nichts wissen. Im Gegenteil: Für ihn genießt dieser Bereich einen »privilegierten Status«, der mit 1,3 Milliarden Euro öffentlicher Mittel landesweit (wovon das Land mit 130 Mio. ein Zehntel beisteuert) bestens ausgestattet sei.

Er verwies dabei auf die jüngsten Neueröffnungen von zahlreichen Konzerthäusern und Museen und zitierte den Spiegel, der bereits vor zwei Jahren von einer »Übersättigung mit Kulturereignissen« in Ruhrgebiet gesprochen habe. Ein Indiz der Krise könne

er im Blick auf die Quantität und Qualität der öffentlichen Kulturangebote daher beim besten Willen nicht sehen.

Dass es ganz so rosig um die Landeskulturpolitik indes nicht bestellt ist, macht das eingangs zitierte Papier von Karsten Rudolph deutlich. Unbestritten ist auch darin, dass NRW eine reiche Kulturlandschaft hat. Trotzdem werden ein kulturpolitischer Reformbedarf konstatiert und förderungspolitische Erneuerungen gefordert, die – so Kurt Eichler in seinem Kommentar – einem »Paradigmenwechsel« gleicht. Viel war davon in der Debatte nicht zu erkennen. Aber Krefeld war auch nur ein Auftakt zu einem hoffentlich längeren Diskussionsprozess. Was bleibt, ist auf jeden Fall die Erkenntnis und die Erwartung, dass die NRW-SPD die Kulturpolitik wieder als ein Aufgabenfeld der Partei erkannt hat. Es bleibt zu hoffen, dass der begonnenen Diskurs jetzt auch weitergeführt wird.

Norbert Sievers